



Deutschlands Antwort an Frankreich

Wortlaut des deutschen Memorandums

Berlin, 18. März. Das dem französischen Botschafter in Berlin am 13. März überreichte Memorandum der Reichsregierung zur Abrüstungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat seinerzeit aus dem ihr von dem Herrn französischen Botschafter am 14. Februar übermittelten Aide-Memoire entnommen, daß die Auffassung der französischen Regierung über das Abrüstungsproblem zwar noch in wesentlichen Punkten von dem deutschen Standpunkt abwich, daß die französische Regierung aber, ebenso wie die Deutsche Regierung, nach wie vor das baldige Zustandekommen einer Abrüstungskonvention anstrebte, und daß sie trotz der hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten den Gedankenaustausch mit der deutschen Regierung fortzusetzen wünschte. Die deutsche Regierung hat gleichwohl zunächst von einer Antwort auf das Aide-Memoire abgesehen, weil damals von der Königlich-Britischen Regierung dankenswerterweise informatorische Besprechungen zur Klärung des Standpunktes der einzelnen Regierungen eingeleitet wurden, und weil es ihr ratsam erschien, erst den Verlauf dieser Besprechungen abzuwarten. Sie möchte nunmehr die Antwort auf das Aide-Memoire vom 14. Februar nicht mehr länger hinauschieben. Sie hat den Eindruck gewonnen, daß die Ausführungen der französischen Regierung in verschiedenen Punkten von Mißverständnissen über die vorangegangenen deutschen Erklärungen beeinflusst worden sind. Es erscheint ihr wichtig, diese Mißverständnisse aufzuklären, um zu verhindern, daß die weitere Diskussion des Abrüstungsproblems dadurch beeinträchtigt wird.

Es handelt sich hierbei vor allem um folgende Punkte:

Die Nichtangriffspakte

1. Die französische Regierung vermißt in dem deutschen Memorandum vom 19. Januar eine klare Stellungnahme zur Frage der Tragweite der von Deutschland angebotenen Nichtangriffspakte und zu der Frage des Verhältnisses dieser Pakte zum Abwehrpakt von Locarno. Sinn und Tragweite der Nichtangriffspakte ergibt sich, wie bereits bei früherer Gelegenheit dem Herrn französischen Botschafter dargelegt worden ist, aus der internationalen Praxis der letzten Jahre. Uebrigens stellt die inwärtigen Veröffentlichungen und ratifizierte deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar ein in seiner Bedeutung völlig klares Beispiel dafür dar, daß Deutschland in der Verpflichtung, unter keinen Umständen zur Anwendung von Gewalt zu greifen, bis an die denkbar äußerste Grenze zu gehen bereit ist. Was den Vertrag von Locarno angeht, so hat die deutsche Regierung nicht daran gedacht; ihn durch anderweitige Nichtangriffspakte abzuschwächen. Sie hat auch die Gültigkeit dieses Vertrages niemals in Zweifel gestellt. Vielmehr hat sie, als die Frage von der französischen Regierung aufgeworfen wurde, lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß sich aus der künftigen Form der internationalen Zusammenarbeit möglicherweise Momente ergeben, die eine Anpassung des Vertrages an diese Form als notwendig oder als erwünscht erscheinen lassen könnten. Es würde sich dabei aber nach Ansicht der deutschen Regierung stets nur um juristisch-technische Modifikationen, nicht dagegen um Modifikationen des politischen Gehalts der Vertragsbestimmungen von Locarno handeln. In diesem Zusammenhang möchte die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß, wenn das Abrüstungsproblem geregelt ist, auch der Zeitpunkt gekommen sein wird, mit den anderen Mächten die Frage des künftigen Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund zu erörtern.

Die Abrüstungsverpflichtung

2. Das französische Aide-Memoire vom 14. Februar betont, daß die Vorschläge der deutschen Regierung von einer „irrigten Feststellung“ ausgingen, der Feststellung nämlich, daß eine wirklich einschneidende Abrüstung zur Zeit nicht erreichbar sei. Demgegenüber möchte die deutsche Regierung nochmals hervorheben, daß ihr selbstverständlich nichts erwünschter sein kann, als daß in der Abrüstungskonvention möglichst weitgehende Abrüstungsbeschränkungen festgelegt werden. Sie hat in ihrem Memorandum vom 19. Januar in dieser Beziehung lediglich festgestellt zu müssen geglaubt, daß die hochgerüsteten Staaten in ihren bis jetzt vorliegenden Erklärungen keine Abrüstungsmaßnahmen angenommen haben, die einschneidend genug wären, um den Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge zu ändern. Insbesondere hat die französische Regierung weder in ihrem Aide-Memoire vom 1. Januar noch in dem Aide-Memoire vom 14. Februar Abrüstungsmaßnahmen in Aussicht gestellt, die so bewertet werden könnten, daß damit die Frage des künftigen deutschen Rüstungsstandes im Sinne der Bündnismächterklärung vom 11. Dezember 1932 als von selbst erledigt anzusehen wäre. Im übrigen dürfte es jetzt weniger darauf ankommen, wie hoch oder wie niedrig die von den einzelnen hochgerüsteten Staaten angebotenen Abrüstungsmaßnahmen ideell zu bewerten sind, als vielmehr darauf, sich in einer Konvention über die tatsächlichen Folgen zu verständigen, die aus der gegebenen Sachlage zu ziehen sind.

Die Kontrollfrage

3. Auch in der Kontrollfrage scheint die Kritik, die die französische Regierung an den Ausführungen des deutschen Memorandums vom 10. Januar übt, der Hauptsache nach auf einem Mißverständnis zu beruhen. Die deutsche Regierung hat für die

Tagespiegel.

Deutschland hat jetzt die Antwort an Frankreich in der Abrüstungsfrage veröffentlicht, in der noch einmal der ehrliche Wille zur Verständigung über die Abrüstung dargelegt wird.

In Rom ist das Dreiergespräch durch Unterzeichnung zweier Protokolle abgeschlossen worden.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt am Freitag auf dem Jahresbankett der Amerikanischen Handelskammer eine grundlegende Rede über die Weltschuldenfrage, in der er einen Appell an die Gläubiger Deutschlands richtete.

In Riga wurde das neue lettische Kabinett gebildet. Ministerpräsident ist Umanis, der Führer des Bauernbundes, der zugleich auch das Außenministerium übernommen hat.

Der französische Senatsausschuß hat in einer Sitzung „angesichts der Aufrüstung Deutschlands“ jede Abrüstung abgelehnt.

Die französische Zeitung „Deuvre“ will aus sicherer Quelle wissen, daß über den Beitritt Rußlands zum Völkerbund zwischen Frankreich und Rußland volle Uebereinstimmung bestehe.

Auf einer Tagung der Rechtsakademie sprach Reichsjustizminister Dr. Gürtner über die Freiheit des Richters und des Anwalts.

Einführung der internationalen Kontrolle keine andere als die selbstverständliche Bedingung gestellt, daß sich diese Kontrolle für alle Länder völlig paritätisch auswirkt. Sobald man sich über die materiellen Bestimmungen der Konvention, d. h. über die vertragliche Festlegung des künftigen Rüstungsstandes der einzelnen Länder einig hat, erledigt sich die Frage der Auswirkung der Kontrolle von selbst. Es bleiben alsdann nur noch die technischen Einzelheiten der Kontrolle zu behandeln, deren Regelung keinerlei Schwierigkeiten verursachen und deren Erörterung daher besser auf ein besseres Stadium der Verhandlungen zu verschieben sein dürfte. Für den Augenblick sollte es genügen, festzustellen, daß die deutsche Regierung durchaus damit einverstanden ist, wenn die Kontrolle möglichst wirksam gestaltet wird, und wenn sie gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Konvention zu funktionieren beginnt.

Politische Organisationen

4. Mit der Kontrollfrage hängt ein anderer Punkt zusammen, den die französische Regierung nach den Ausführungen ihres Aide-Memoire vom 14. Februar besonders in den Vordergrund stellen zu wollen scheint. Das ist die Frage der Beurteilung der in Deutschland bestehenden politischen Organisationen. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß diesen Organisationen kein militärischer Charakter beigemessen werden kann. Die französische Regierung glaubt eine andere Auffassung vertreten zu sollen. Das ist eine Meinungsverschiedenheit über eine reine Tatsache. Kann es für die Vereinigung einer solchen Meinungsverschiedenheit einen besseren und natürlicheren Weg geben als die Anwendung des in Aussicht genommenen Kontrollverfahrens auf derartige politische Organisationen in allen Ländern, wie sie von der deutschen Regierung ausdrücklich angenommen worden ist? Die französische Regierung glaubt hiergegen einwenden zu können, daß auf diese Weise die Entscheidung eines wichtigen Punktes auf die Zeit nach dem Inkrafttreten der Konvention verschoben werden würde, und daß es bei der ersten Anwendung der Kontrolle zu ernstlichen Mißverständnissen kommen müßte. Dieser Einwand ist schon deshalb gegenstandslos, weil nach Ansicht der deutschen Regierung schon vor Unterzeichnung der Konvention Klarheit darüber geschaffen werden muß, was unter dem militärischen Charakter von Verbänden außerhalb des Meeres zu verstehen ist. Die deutsche Regierung würde durchaus mit einer vertraglichen Festlegung konkreter, für alle Länder geltender Verbote einverstanden sein, die sicherstellen, daß Verbände außerhalb des Meeres keine militärischen Waffen und keine militärische Ausbildung erhalten, und daß sie auch sonst in keiner organisatorischen Beziehung zur Wehrmacht stehen. Außerdem kann aber die französische Regierung davon überzeugt sein, daß sich Deutschland seinerseits niemals dem Risiko aussetzen wird, nach Inkrafttreten der Konvention den begründeten Vorwurf ihrer Verletzung auf sich zu ziehen. Es versteht sich von selbst, und die französische Regierung wird nicht bestreiten wollen, daß die deutsche Regierung für die Durchführung der von ihr in der Konvention übernommenen Verpflichtungen voll einsteht, und daß sie keine Konvention unterzeichnen würde, deren lokale Erfüllung sie nicht gewährleisten zu können glaubt.

Berechnung der Personalstärken

Scheidet man die vorstehend erwähnten Mißverständnisse und die damit zusammenhängenden Ausführungen des Aide-Memoire vom 14. Februar aus, so bleiben als Kernpunkte der Meinungs-

verschiedenheit zwischen der deutschen und der französischen Regierung noch die beiden Fragen, auf die bereits im Schlußteil des deutschen Memorandums vom 19. Januar zusammenfassend hingewiesen wurde: Einmal die Frage gewisser Modalitäten, hinsichtlich der Berechnung der Personalstärken, und zweitens die Frage des Zeitpunktes der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen. Zu der Frage der Personalstärken glaubt die deutsche Regierung aus dem letzten französischen Aide-Memoire entnehmen zu können, daß die französische Regierung bereit ist, die im französischen Mutterland stationierten Ueberseetruppen in die Berechnung der beiderseitigen Personalstärken einzubeziehen und außerdem für alle Ueberseetruppen eine vertraglich festzusetzende Höchstzahl anzunehmen. So erwünscht diese Präzisierung des französischen Standpunktes ist, läßt sie doch die Tatsache außer Betracht, daß bei der Berechnung der Personalstärken billigerweise auch diejenigen Ueberseetruppen mitberücksichtigt werden müßten, die zwar nicht im Mutterlande selbst, aber doch so stationiert sind, daß sie jederzeit insoweit zu militärischer Verwendung in das Mutterland transportiert werden können. Außerdem können hierbei auch die ausgebildeten Reserven nicht außer Betracht bleiben.

Die Umwandlung der Reichswehr

Was den Zeitpunkt der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit den notwendigen Verteidigungswaffen anlangt, so hat die französische Regierung, auch im Aide-Memoire vom 14. Februar keinerlei Grund angegeben, der es rechtfertigen könnte, diesen Zeitpunkt noch um Jahre hinauszuschieben, damit die Diskriminierung Deutschlands zu verlängern und der deutschen Armee während der Periode der Umwandlung der Reichswehr in ein Heer mit kurzer Dienstzeit die volle militärische Verwendungsfähigkeit vorzuenthalten. Die deutsche Regierung glaubt von einer nochmaligen Begründung ihres Standpunktes in dieser Frage absehen zu können.

Die Vorschläge Italiens und Englands

Im übrigen stehen aber die deutsche Regierung und die französische Regierung vor der Tatsache, daß die Königlich-Britische Regierung vor mehreren Wochen mit ihren bedeutungsvollen Vorschlägen für die Gestaltung der Abrüstungskonvention hervorgetreten sind. Die Vorschläge beider Regierungen bewegen sich weitgehend in der gleichen Richtung und dürften wesentlich zur Klärung der Lage beigetragen haben. Sie sind deshalb von der deutschen Regierung begrüßt worden. Sicherlich bleiben wichtige Punkte dieser Vorschläge noch zu erörtern. Die deutsche Regierung glaubt jedoch schon jetzt sagen zu können, daß sie geeignet sind, die Verständigung zwischen ihr und der französischen Regierung zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die Diskussion ist jetzt so weit fortgeschritten, daß sich zwei Wege abzeichnen, auf denen man zu einer Lösung gelangen kann. Man kann entweder eine Konvention mit kürzerer Geltungsdauer, etwa von fünf Jahren, wählen, die sich mit der Limitierung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren gegenwärtigen Stand bezieht, oder man kann in die Konvention gewisse Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten einbeziehen und ihr dafür eine längere Geltungsdauer verleihen. Die vertragliche Festlegung des künftigen deutschen Rüstungsstandes würde in beiden Fällen im wesentlichen die gleiche sein müssen, da auch bei einer Regelung der zweiten Art, wie bereits oben hervorgehoben, nicht mit Abrüstungsmaßnahmen gerechnet werden kann, die für die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung von Belang wären. Daß von Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand, wie er im Versailler Vertrag festgelegt wurde, in Betracht kommen kann, ist eine von allen Seiten längst anerkannte Tatsache. Von dieser Tatsache gehen nicht nur die letzten Vorschläge der Königlich-Britischen Regierung und der Königlich-Italienischen Regierung, sondern auch alle Vorschläge aus, die seit dem französischen Plan vom 14. November 1932 auf der Abrüstungskonferenz zur Diskussion gestellt worden sind. Die deutsche Regierung selbst hat sich in den Vorschlägen, die sie zuletzt für das Rüstungsregime Deutschlands während der Dauer der ersten Abrüstungskonvention gemacht hat, eine so weitgehende Beschränkung anerkannt, daß sie bei dem Minimum dessen anknüpft, was zur Anbahnung der Sicherheit und zur Verteidigungsmöglichkeit des Landes in diesem Zeitabschnitt erforderlich ist. Sie hat auf alle Anstrengungen von vornherein verzichtet und hat stets erklärt, daß sie jede auch noch so weitgehende Abrüstungsbeschränkung akzeptieren würde, wenn dies auch seitens der anderen Mächte geschieht. Sie hält auch sonst alle Voraussetzungen einer Verständigung für gegeben und ist der Ansicht, daß es nur noch auf den Entschluß zu dieser Verständigung ankommt.

Gottlieb Daimler-Chrentage

In Stuttgart

Stuttgart, 18. März. Die Gedächtnisfeier anläßlich des 100. Geburtstages von Gottlieb Daimler begannen schon am frühen Morgen, als auf dem stillen Uff-Friedhof in Bad Cannstatt am Grabe Gottlieb Daimlers ohne jede öffentliche Feierlichkeit Kränze niedergelegt wurden.

Um 9.30 Uhr fand in dem Werk Untertürkheim der Daimler-Benz AG. eine Gedächtnisfeier der Werksangehörigen statt. Das



Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Dr. h. c. K. Risse, begrüßte die zahlreichen Gäste und die Angehörigen des Werkes und gab in einer groß angelegten Rede einen umfassenden Überblick über das Leben und Schaffen Gottlieb Daimlers, über sein Lebenswerk und über die Entwicklung dieses Werkes bis zu dem heutigen Stand.

Eine weitere Gedenkfeier vereinigte die Vertreter der Württ. Staatsregierung, an ihrer Spitze Reichsstatthalter Kurr, mit zahlreichen Gästen und Ehrengästen vor dem Daimler-Denkmal in der Taubenstraße in Bad Cannstatt. Oberbürgermeister Dr. Strölin begrüßte die zahlreichen Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und besonders herzlich die Angehörigen der Familie Daimler. Gottlieb Daimler wird, so führte der Oberbürgermeister u. a. aus, mit Recht der Erfinder und Schöpfer des schnelllaufenden, leistungsabigen Automotors und damit der ganzen Kraftwagenindustrie genannt. Hier in Cannstatt lief das erste Motorrad der Welt. Der Karar hat das erste Motorboot gesehen. Hier wurde der erste selbstfahrende Wagen, das erste Automobil geschaffen. Am 10. November 1886 fuhr die erste Motorkutsche aus diesem Garten hinaus. Dieses Werk, das jetzt auf der ganzen Erde im Dienste der Menschheit steht, hat ein Schwabe geschaffen. Im Namen des Württ. Statthalter Dr. Kurr das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er in Dankbarkeit und Verehrung des Mannes gedachte, der für den deutschen Ingenieur und seine Aufgaben im neuen Reich von wesentlicher Bedeutung wurde. Anschließend sprach noch Fliegerkommandant und Standartenführer Sommer.

Den Höhepunkt der Gedenkfeier bildete der von der Württ. Staatsregierung in der König-Karls-Halle des Landesgewerbemuseums veranstaltete Festakt, der auch im Rundfunk übertragen wurde. Zu dieser feierlichen Gedenkfeier hatte sich die gesamte Württ. Staatsregierung eingefunden. Wirtschaftsminister Dr. Lehmann führte u. a. folgendes aus: Diese Feierstunde ist gewidmet dem ehrenden Gedächtnis Gottlieb Daimlers an seinem 100. Geburtstag. Ihn ehrt die Württ. Staatsregierung, ihn feiert das Schwabenvolk, ihm huldigen die Vertreter der Wirtschaft, der Technik, die Unternehmer wie die Arbeiter, ihn rühmt die Gesamtheit des deutschen Volkes, ja aller Kulturvölker der Erde. Diese weltbedeutende Erfindung konnte nur ein Mann und ein Geist schaffen, der wie Daimler in Lehre und Studium sich tüchtigstes Wissen erworben hatte, der bis zu seinem Tode selbst in der Werkstatt stand und jede, auch die einfachste Handarbeit, selbst verrichtete. Der Motor war die Voraussetzung für die große Erfindung eines anderen Schwaben: für das lenkbare Zepelin-Luftschiff und für das Flugzeug. Unser Führer Adolf Hitler hat schon vor Jahresfrist und erst jetzt wieder dem deutschen Volk und Ingenieur eine neue arbeitsfähige Aufgabe gestellt: die Motorisierung des deutschen Verkehrs und die Schaffung des Volkswagens. Erweisen wir uns des großen Erbes würdig und sehen wir alles daran, um die Idee und den Wunsch unseres Führers in die Tat umzusetzen.

Oberbürgermeister Dr. Strölin überbrachte die Grüße der Stadterwaltung Stuttgart. Direktor Matschok, der Führer des VDK, setzte sich in seiner Rede mit dem Blick auf das leuchtende Vorbild Gottlieb Daimlers besonders dafür ein, daß Kopf und Hand, wissenschaftliche Erkenntnis und praktische Erfahrung gemeinsam an dem großen Werke weiterbauen, das Gottlieb Daimler einst im Kleinen begann. Hierauf erklärte Wirtschaftsminister Dr. Lehmann die Daimler-Gedächtnisausstellung für eröffnet. Als Abschluß der Stuttgarter Daimler-Ehrung veranstaltete der DVAG, im Festsaal der Liederhalle eine große und eindrucksvolle Rundgebung.

Daimler-Ehrung in Schorndorf

Schorndorf, 18. März. Auch die Stadt Schorndorf stand am Samstag völlig im Zeichen ihres großen Sohnes Gottlieb Daimler und hatte aus diesem Anlaß ein besonders schönes Festgewand angelegt. Um 3.30 Uhr lief der Sonderzug mit den Ehrengästen, den Professoren der Techn. Hochschule und der Maschinenbauschule Eßlingen sowie die Studentenschaft der beiden Anstalten, im Bahnhof ein. Nach dem Eintreffen der Regierung und vieler anderer Gäste marschierten die Teilnehmer in feierlichem Zug vor das Geburtshaus Gottlieb Daimlers. Vor dem Haus hatten sich auch die Angehörigen der Familie Daimler eingefunden. Ortsgruppenleiter Schauler begrüßte die Anwesenden und erinnerte an eine Reihe anderer hervorragender Männer und auch „Weiber“, die Schorndorf in vergangenen Zeiten hervorgebracht hat. Ganz besonders stolz sei die

Stadt jedoch auf ihren berühmtesten Sohn, Gottlieb Daimler, der noch durch ein am 22. April einzunehmendes Denkmal besonders geehrt werden soll. Hierauf überbrachte der Direktor des Vereins Deutscher Ingenieure, Prof. Dr. Matschok-Berlin die Grüße des VDK. Der VDK, habe gemeinsam mit seinem württ. Bezirksverein an dem Geburtshaus Daimlers eine Gedenktafel anbringen lassen, auf der die Worte geschrieben sind: „In diesem Hause wurde am 17. März 1834 Gottlieb Daimler geboren. Sein schnelllaufender Verbrennungsmotor erschloß dem Kraftmaschinenbau neue Möglichkeiten. Er war bahnbrechend für die Entwicklung von Kraftwagen und Motorschiff Luftschiff und Flugzeug.“ Der Redner übergab nach dem die Tafel gesellen war, die Gedenktafel im Auftrag des VDK dem Schur der Stadt. Bürgermeister Veeg übernahm hierauf die Gedenktafel mit Worten herzlichen Dankes und schloß mit einem Stech-Beil auf das deutsche Vaterland. Abends fand dann in der Künsteleinschule ein großer Festkommers mit der Studentenschaft der Techn. Hochschule Stuttgart und der höheren Maschinenbauschule Eßlingen statt, bei dem ebenfalls eine Reihe von Ansprachen gehalten wurden.

Der politische Ursprung der Auslandsverschuldung

Dr. Schaht appelliert an Roosevelt

Berlin, 17. März. Am Freitag abend sprach Reichsbankpräsident Dr. Schaht auf dem Jahresbankfest der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland im Hotel Adlon über das Auslandschuldenproblem.

Er führte unter anderem aus: Seit vier Jahren leben wir in einer Krise, die den Bestand der Weltwirtschaft langsam untergräbt. Seitdem haben Wirtschaftsführer, Politiker und Wissenschaftler unzählige Male die Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse als nahe bevorstehend vorausgesagt. Und dennoch, sie besteht mit wenig verminderter Schärfe weiter. Wenn auch einzelne Volkswirtschaften eine gewisse interne Belebung zeigen, so wollen wir doch nicht verlernen, daß international gesehen, das Geschäft nach wie vor außerordentlich schlecht liegt. Verursacht die Krise lediglich auf ökonomischen Ursachen, so hätte sie sich längst wieder abregiert. Wir haben aber keine freie Wirtschaftsentwicklung, weil die Politik ständig die Wirtschaft unter Druck hält. Das ganze Konglomerat von politischen und den politischen Druck hervorbringenden Schuldenverpflichtungen lastet als dauernder Alp auf der internationalen Wirtschaft. Vor zehn Jahren hat der Dawesplan es klar ausgesprochen, daß internationale Schulden nur mit Waren abgezollt werden können. Vor zehn Jahren hat der Dawesplan ausgesprochen, daß internationale Kreditoperationen die Abtragung von Schulden wohl zeitweilig verschleiern können, aber nicht endgültig ermöglichen. Während man das erste Problem, daß Schulden nur mit Waren bezahlt werden können, langsam einzusehen beginnt, fehlt für das zweite Problem noch immer das richtige Verständnis und es gibt immer noch Theoretiker, die glauben, daß die politischen Schulden aus dem Versailles Diktat und seinen Nebenabmachungen einmal voll bezahlt werden können. Diese Schulden können nur voll bezahlt werden, wenn die erwähnte Erkenntnis des Dawesplanes in die Praxis überführt wird, monach der Gläubiger bereit ist, Waren des Schuldners in Zahlung zu nehmen. Bis jetzt hat sich herausgestellt, daß der Gläubiger hierzu nicht bereit ist. Der Gläubiger macht demnach die Bezahlung seiner Forderung unmöglich.

Die zweite These des Dawesplanes, daß man mit Anleihen eine Zahlungsfähigkeit nur vorläufig, hat an den deutschen kommerziellen Schulden ihre Richtigkeit erwiesen. In dem bekannten Layton-Bericht von 1931 können Sie nachlesen, daß 10,3 Milliarden RM. aus den kommerziellen Anleihen niemals in die deutsche Volkswirtschaft hineingelangt, sondern direkt zu Reparationszahlungen verwendet sind. Diese 10,3 Milliarden Schulden aber bestehen nur in kommerzieller Form weiter. Wenn man zu ihnen noch die Zinsen hinzuzählt, und wenn man weiter beachtet, daß

unsere Auslandschuld heute nach den ungeheuren Rückzahlungen, die wir geleistet haben, nur noch 15 Milliarden Reichsmark beträgt,

so sieht man, daß der gesamte heute noch bestehende deutsche Auslandschuldenbetrag genau seinem politischen Ursprung entspricht, während nur alle die kommerziellen Schulden, die nicht für Reparationen, sondern für die deutsche Wirtschaft verwendet

worden sind, restlos zurückgezahlt haben. Das ist eine Leistung, die bei irgend einem anderen Lande der Welt zu konstatieren schwierig sein dürfte, die uns aber zu der Forderung einer neuen Erörterung dieser noch resultierenden Schulden berechtigt. So sehr diese Dinge der Politik entspringen, so sind sie doch für die Gesamtwelt dieser Sphäre entwachsen.

Ich glaube, daß der Versuch gemacht werden muß, zwischen den Schuldnerstaaten und den Forderungsgläubigern zu einer Abmachung zu kommen. Was jedenfalls Deutschland anlangt, so drängt sich hierzu die Notwendigkeit gebieterisch auf. Sie alle wissen, in welcher schwierigen Devisenlage Deutschland sich befindet.

Dr. Schaht erinnerte dann an die nach seinem Wiedereintritt in das Amt des Reichsbankpräsidenten erfolgten Maßnahmen, so an die Rückzahlung des geliehenen Goldes, an das Transfergesetz, an die Festsetzung der Transferquote, die von den ausländischen Gläubigervertretern so scharf angegriffen worden sind und die trotzdem seit dem 31. Dezember vorigen Jahres bis heute zu einem Gold- und Devisenverlust von 122 Millionen RM. geführt habe, so daß die Deckung sich heute nur noch auf 274 Millionen belaufe. In der letzten Woche allein hätten wir 45 Millionen RM. Gold und Devisen eingebüßt. Unsere Gold- und Devisendeckelung betrage heute 8 v. H.

Diese Entwicklung, so fuhr Dr. Schaht fort, nötigt uns nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Weltwirtschaft zu neuen Maßnahmen. Eine weitere Mäßigung der Devisenquote für die Einfuhr wird die unmittelbare Folge sein müssen. Ich kann mir aber auch denken, daß es notwendig sein wird, die Einfuhr von Rohstoffen unmittelbar zu beschränken.

Damit ist die Frage der Belebung oder Nichtbelebung des Welthandels wieder aufgerollt. Denn ob man Deutschland mit Sympathie oder Antipathie gegenübersteht ist völlig gleichgültig gegenüber der Tatsache, daß der Ausfall von 66 Millionen hochwertiger Verbraucher für die Weltwirtschaft ein Unglück bedeutet.

Man spricht immer davon, daß Deutschland sich autarkischen Bestrebungen zuwenden. Aber die geschichtlichen Verhältnisse rechtfertigen es, wenn ich erkläre, daß nicht Deutschland sich der Autarkie zuwenden, sondern daß die sinnlose Schuldenpolitik gegenüber Deutschland uns in die Autarkie hineingewingt. Wir haben keinen lebhafteren Wunsch, als einen internationalen Handel zu treiben. Wir können aber zur Zeit keine Erzeugnisse in der Welt mehr kaufen, weil man uns gezwungen hat, Tribute zu zahlen, die wir nicht aufbringen konnten, Schulden zu zahlen, für die wir niemals einen Gegenwert bekommen haben. Ich sehe heute einen einzigen Mann in der Welt, der den Kern des internationalen Problems, dessen Hauptteil die deutsche politische Verschuldung ist, richtig sieht und anzupacken entschlossen ist.

Dieser Mann ist Präsident Roosevelt.

Wenn dieser Mann zunächst, angeleitet von dem englischen Vorgang, versucht, dem Problem auf dem unzulänglichen Wege der Währungsentwertung beizukommen, so hat er doch niemals vergessen, daß die Wiederbelebung des internationalen Rohstoffmarktes der Ausgangspunkt jeder wirtschaftlichen Gesundung der Welt sein muß.

Während für England, Frankreich, Südamerika, Osteuropa, Deutschland das Problem jeweils ein Einzelproblem ist, so konzentriert sich in der Hand des Präsidenten Roosevelt dieses Problem als ein Gesamtweltproblem, da die Vereinigten Staaten heute zum Zentralgläubiger der Welt geworden sind. Zwischen 1929 und 1933 ist die Welthandelsumlage von 277 auf 97 Milliarden RM., also auf ein Drittel zurückgegangen. Diesem Verhältnis entspricht genau, daß Deutschland in 1929 für 7,2, in 1933 aber nur für 2,4 Milliarden RM. Rohstoffe eingeführt hat. Wenn es Roosevelt gelingt, für die wichtigsten Rohzeugnisse seines Landes und der Länder, an denen er als Gläubiger interessiert ist, stetige Abnehmer zu festen Preisen zu finden, so würde das die unmittelbare Gesundung nicht nur der amerikanischen Farmer bedeuten, sondern auch der südamerikanischen Länder, an deren Gedächtnis Amerika und die übrigen Industrieländer der Welt, besonders auch Deutschland, interessiert ist. Ein neuer Ausfall Deutschlands hingegen auf dem Rohstoffmarkt wird mit Sicherheit eine Wiederverlangsamung, wenn nicht gar ein Aufhören des eben begonnenen Preisausschlages herbeiführen.

Zwei Wege sind zu beschreiten, um die Gesundung der Welt herbeizuführen.

Hallo, Suse, die Konkurrenz

Ein fröhlicher Roman vom deutschen Rhein von H. P. Stolp

10. Fortsetzung. Kohlschub verboten.

„Donnerwetter!“ rief er in der nächsten Sekunde und hatte sie erkannt. „Madel, Suse! Das ist aber ein verrücktes Wiedertrreffen! Herrgott, du bist ja eine richtige Dame geworden! Stimmt schon, vierzehn warst du, als ich von hier fortging. Das ist nun über fünf Jahre her. Ich habe dich gar nicht gleich wieder erkannt, so hast du dich zu deinen Gunsten verändert!“

Suse Baderbeck blinzelte den jungen Mann etwas erschrocken an.

„Aha...!“ sagte sie nach einer Weile sachlich. „Sie sind der Robert Lüders, der junge Herr Lüders? hm, hm!“

„Aber Suse...!“ Robert guckte sein schönes Gegenüber verdutzt an. „Wir sagen doch auch weiterhin genau so wie früher, du? zueinander! Oder bist du mir gar böse wegen des kleinen Unfalles...?“

„Mein Herr“, sagte sie stolz und kletterte in ihren Wagen, „nehmen Sie folgendes zur Kenntnis: Dieser kleine Unfall hat nichts mit jener gewissen Sache zu tun. Aber für Sie bin ich Fräulein Baderbeck, die Tochter des Weingutbesizers Baderbeck. Und eine Baderbeck duzt sich nicht all diesen Vorgängen mit einem Lüders nicht mehr.“

„Wegen was für Vorgängen?“

„Ihr Onkel, der Herr Baptiste Lüders... es ist da eine Sache wegen eines Rebenhügels gewesen, den mein Vater wieder tragbar hat machen lassen, und nachdem dies geschehen war, hat Ihr Onkel gegen meinen Vater geklagt und plötzlich durch eine uralte vergilbte Urkunde bewiesen, daß dieser Rebenhügel, um den sich früher kein Mensch gekümmert hat, weil er nicht mehr tragfähig erschien, dem Lüderschen Weingute gehöre. Ein feiner Trick war das. Der Baderbeck soll nur sein Glück erst mal mit diesem vertrackten Hügel versuchen, wird sich Ihr Onkel gedacht haben. Wenn er versteht, ihn wieder tragfähig zu machen, werden wir ihn ihm sowieso auf Grund unserer Urkunde wieder

abnehmen!“ Das alles wird Ihnen ja bekannt sein, und Sie werden höchlichst über diesen dummen Baberbeck gelacht haben.“

„Aber Suse!“ rief der junge Mann, mehr belustigt als erschrocken über diese anklagende Rede.

Suse winkte mit der Hand.

„Fräulein Baderbeck, bitte!“ sagte sie von oben herab. „Vielleicht wird es Sie interessieren, daß man meinem Vater hinterbracht hat, Ihr Onkel habe geäußert, die Baderbedschen Weine wären sauer! Nun, diese ungeheuerliche Verleumdung wird vielleicht noch die Gerichte beschäftigen!“

Sie sah mit dem heiligen Zorn der Tochter eines geschmähten Weingutbesizers auf den jungen Mann. „Unsere Weine, Herr Lüders junior, sind tausendmal blumiger und süßiger wie die Ihrigen, Schluß!“

Der Motor sprang an und der Wagen mit dem reizenden Geschöpf fauchte ab.

„Der Teufel auch!“ lachte Robert erschrocken und starrte dem davonjagenden Zweifacher hinterher. „Sie ist immer noch die wilde Suse Baderbeck, die sie als Schulmadel war, immer kampfbereit, wenn es etwas zu verteidigen gibt. Und hübsch ist sie geworden!“

Robert schüttelte schmunzelnd den Kopf, während er sich auf den Heimweg machte. Er dachte an eine ergötzliche Geschichte aus Suses Schulmadelzeit.

Da war der schwächliche, erwachsene Junge eines Kellerarbeiters ihres Vaters von drei gleichaltrigen Schuljungen wegen seiner verwachsenen Gestalt gehänselt worden. Der kleine Junge hat in ohnmächtiger Zorn geweint, als Suse dazu kam. Suse hatte die Schultasche unter dem Arm, und als sie von dem weinenden Jungen erfuhr, was vorgefallen war, hatte sie ein langes Lineal aus der Schultasche gezogen und diese von sich geworfen. Dann war sie den drei jungen Rümpeln auf den Leib gerückt. Nach Ablauf einiger Minuten hatte der eine von den Jungen eine ziemlich weite Beule auf dem Kopf, der andere hielt sich seine unschöne, blutende Nase, während der dritte im panischen Schrecken auf der Flucht begriffen war. Suse setzte ihm mit geschwungenem Lineal hinterher. Der Junge drehte sich auf seinem eiligen Rückzug ein paarmal nach der ihm verfolgenden

jungen Amazone um, und bei dieser Gelegenheit fiel er in einen kleinen Weiher. Suse zog den triefenden kleinen boshaften Teufel aus dem Wasser und krönte diese neue Heldentat damit, daß sie ihn weidlich vertrimmte. Sie war gerade im Begriff, ihr Nachwerk zu vollenden, als der Kantor der Schule dazu kam und ihr höchlichst erbot und völlig im Unklaren über die Situation und über ihre edlen Motive eine Ohefeige gab. Damit war auch das Schicksal des Kantors besiegelt.

Im Verlaufe des Schuljahres fand der unglückliche Kantor unzählige Male in seiner Frühstückskapsel melancholisch blickende Laubfrösche, tödlich erschrockene Eidechsen, ziemlich bekümmerte Maitäfer und ähnliches andere Getier, dem man nur die geringste Berechtigung zugestehen konnte, sich in der Frühstückskapsel eines Schulkantors aufzuhalten. Sein Schnupftabak war mit Pfeffer untermischt und sehr zur besinnlichen Freude der gesamten Schulfugend gab sich der Kantor wahren Niesorgien hin, die sämtliche Fenster des Schulhauses erzittern ließen und den ohnehin nervösen Schuldirektor völlig aus dem Häuschen brachten. Wenn dann dieser so hart vom Schicksal gestrafte Kantor tränenden Auges sein Schnupftuch aus seinem Mantel fingerte, um seine in Unordnung geratenen Niesorgane wieder zu reparieren, so konnte er sicher sein, eine Wolke feinen Ruhes in die Luft und in sein Gesicht zu schleusen, ohne durch sein nunmehr schwarz gewordenes Gesicht auch nur die kleinsten Schulkinder zum Fürchten zu bringen. Diese und ähnliche Dinge brachten es mit sich, daß der Kantor eines Tages völlig zermürbt in des Direktors Zimmer wankte. Dort fiel er auf die Knie und gestand dem erschrockenen Schuldirektor, daß er eine ihm anvertraute Kasse angegriffen habe, worauf er sofort den Abschied erhielt. Der Kantor mußte sein rasch niedergelegtes Geständnis unterschreiben und verwunderte sich nicht mehr, daß seine Füllfeder statt der Tinte Himbeersaft enthielt. Eine wohlmeinende Schulbehörde verzichtete auf das Disziplinarverfahren, und man munkelte, daß der Kantor als ein Mann mit düsteren Lebensanschauungen nach China gegangen sei, um dort den sehr arbeitsreichen Posten eines Henkers der Lung-hu-Armee auszufüllen.

(Fortsetzung folgt.)



1. muß jedes Land selbst versuchen, die größtmögliche Befehung seiner inneren Produktionskräfte herbeizuführen. Innerhalb des ersten Regierungsjahres ist es unserem Führer Adolf Hitler gelungen, 2,7 Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzuführen und es ist kein Zweifel daran, daß ein weiterer erheblicher Fortschritt im zweiten Jahre erzielt werden wird. Wir haben damit die inneren Voraussetzungen für eine Wiederbelebung des Weltmarktes geschaffen. Nun gilt es, die große weitere Aufgabe zu lösen, den Weltmarkt wieder in Gang zu bringen.

2. Die Vereinigung der zwischenstaatlichen Verbindungen ist eine Vorbedingung hierfür. Ich sehe die Möglichkeit einer Verbindung dieses Problems mit der von Präsident Roosevelt ins Auge gefaßten Besserung der Rohstoffmärkte. Die Schulden der Vergangenheit lassen sich aber nicht aus dem gegenwärtigen Beharrungszustand, sondern aus der künftigen Geschäftsbelebung abzahlen.

Gegen Abrüstung

Französischer Senatsauschluß lehnt Abrüstung Frankreichs ab

Paris, 17. März. Der Senatsauschluß für auswärtige Angelegenheiten hat sich mit der internationalen Lage beschäftigt. Der Ausschussvorsitzende, Berenger, berichtete über die Abrüstungsaussprache, besonders die deutsche Note vom 13. März. Nach eingehender Aussprache, wurde folgende Entschliessung an, die dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister überreicht werden soll, einstimmig angenommen: Der auswärtige Senatsauschluß bekennt sich zu der vom Senat am 18. Januar 1934 mit 257 gegen 3 Stimmen als Abschluß der Interpellationsaussprache über die Außenpolitik angenommene Entschliessung und bekräftigt seine früheren Beratungen, wonach Frankreich angesichts der Abrüstung Deutschlands und mangels jeder organisierter Sicherheit sich nicht durch ein Abkommen binden kann, dessen Wortlaut es zwingen würde, entweder seine Rüstungen herabzusetzen oder auf die unerlässlichen Bedingungen seiner eigenen Sicherheit zu verzichten.

Kammer und Senat haben in einer Nachtigung verschiedene noch auf der Tagesordnung stehende Fragen geregelt und sich dann bis zum 15. Mai vertagt.

Neue militärische Reserveformationen für England

London, 17. März. Ueber die Rekrutierung für das neue „Königliche Verteidigungskorps“, dessen Gründung im Unterhaus mitgeteilt wurde, ist jetzt eine amtliche Mitteilung vom englischen Kriegsministerium veröffentlicht worden. Die Rekrutierung wird auf frühere Soldaten der regulären und Territorialarmee beschränkt, die zwischen 45 und 60 Jahre alt sind oder unter 45 Jahren, falls sie ein ärztliches Zeugnis über ihre Untauglichkeit für den aktiven Dienst beibringen. Jeder Anwärter hat eine Erklärung zu unterzeichnen, daß er sich im Falle eines Kriegszustandes sofort zum Dienst in jedem Teile Englands melde. Die Erklärung wird gesetzlich bindend und ihre Nichtbefolgung strafbar sein. Bei ihrer Aufstellung werden die Mitglieder des Korps mit Uniformen und Waffen ausgerüstet. Die Aufgabe des Korps, dessen Charakter sehr stark an den der früheren Reserveformationen der englischen Territorialarmee erinnert, wird in der Hauptsache die Bewachung strategischer Punkte sein.

Die römischen Abmachungen unterzeichnet

Rom, 18. März. Von den beiden Protokollen, die von Mussolini, Cömbbs und Dollfuß am Freitag paraphiert und am Samstagmittag unterzeichnet wurden, dürfte das eine die politischen, das andere die wirtschaftlichen Abmachungen festlegen. Es ist anzunehmen, daß über beide Protokolle umgehend eine amtliche Erklärung herausgegeben wird. Vielleicht wird der Text des einen Protokolls mitveröffentlicht werden, wobei in erster Linie an die politischen Abmachungen zu denken wäre.

„Die Politik trat in den Vordergrund“

Man darf bereits jetzt daran erinnern, daß von allen an der Dreier-Besprechung beteiligten Parteien von Anfang an aufs entschiedenste jede politische Seite der römischen Unterredung gelugnet worden war. Vielleicht lag hier keine absichtliche Täuschung der übrigen Mächte vor. Best steht jedenfalls, daß in den Unterredungen die Politik immer mehr in den Vordergrund trat, und daß die entscheidende Wendung ins Politische in der ersten Dreier-Besprechung am Donnerstagmittag erfolgte. In der Dreier-Besprechung am Freitag wurden dann die Wirtschaftsabmachungen zu Ende geführt, soweit sie allgemeiner Art und Sache der Reinerklärung waren. Nach einer kurzen Pause sollen die wirtschaftlichen Einzelverhandlungen in Rom von den Sachverständigen in kurzer Zeit zu Ende gebracht werden.

Ueber die politischen Abmachungen wird selbstverständlich auch jetzt noch strengstes Stillschweigen bewahrt; es wird nur betont, daß von einer Blockbildung oder von irgendwelchen gegen andere Mächte gerichteten Bestimmungen nicht die Rede ist. Man darf also keinen Konsultationspakt, sondern nur ein Uebereinkommen erwarten, wonach alle Fragen, die die gemeinsamen Interessen der drei Länder betreffen, im gegenseitigen Einvernehmen behandelt werden sollen. Ferner wird sich wohl eine erneute Kundgebung zugunsten der österreichischen Unabhängigkeit im Text befinden, ähnlich wie sie schon einmal von den drei Westmächten veranstaltet wurde. Im übrigen wird man die anderen Mächte zum Beitritt zu einer Vereinigung der wirtschaftlichen Gesandten des Donau-Bekens nicht ausschließen, sondern sie im Gegenteil dazu auffordern.

Großer Empfang auf dem Capitol

Rom, 18. März. Zu Ehren des ungarischen Ministerpräsidenten und des österreichischen Bundeskanzlers hat Mussolini am Freitagabend in den historischen Sälen des „Palazzo dei Conservatori“ auf dem Capitol noch einen hochoffiziellen Empfang gegeben.

Der Führer in Nürnberg

Nürnberg, 18. März. Reichskanzler Adolf Hitler trat am Sonntag der Stadt einen überraschenden Besuch ab. Um 13.15 Uhr trat der Führer mit seiner Begleitung mit dem Flugzeug aus Berlin auf dem Nürnberger Flughafen ein. Der Kanzler beachtete sofort im Kraftwagen zum Tiergartengebäude, wo in einem der Säle die neue Novelle und Planitzgen aufgestellt sind. Nach dem Vortrag des Oberbürgermeisters Viesel gab der Führer neue richtunggebende Anweisungen für die zukünftige Ausgestaltung des Gebäudes. Nach einer kurzen Rast im „Deutschen Hof“ legte der Führer kurz vor 16 Uhr die Fahrt im Kraftwagen nach München fort.

Keine Störungen bei Besuchen des Führers

Berlin, 17. März. Der Adjutant des Führers gibt bekannt: In der letzten Zeit haben sich bei Veranstaltungen, die der Führer besucht, folgende Unzuträglichkeiten ergeben: 1. Durch das sich am Tage öfter wiederholende Auffagen von Gedächtnissen — besonders durch Jugendliche — haben sich derartige Verschiedenheiten in den Programmen ergeben, daß sie jede genaue Zeiteinhaltung hinfällig machten. 2. Ebenso haben sich durch das sich dühndmal am Tage wiederholte Verlangen nach Autogrammen des Führers dieselben Unzuträglichkeiten ergeben. Allen in Betracht kommenden Partei- und SA-Dienststellen wird es zur Pflicht gemacht, diese Vorgänge in Zukunft zu unterbinden. 3. Es besteht ferner Grund, darauf hinzuweisen, daß während Theateraufführungen, die der Führer besucht, laute Ovationen während der Pausen unter Berücksichtigung des Ortes und der Ausführung von Kunstwerken vom Führer nicht gewünscht werden.

Polsterung der dritten Wagenklasse

Berlin, 17. März. Um der notleidenden Industrie einen weiteren Arbeitsauftrag zukommen zu lassen und um damit gleichzeitig den vielfachen Wünschen der Reisenden nach Erhöhung der Bequemlichkeit nachzukommen, hat sich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft entschlossen, die Sitze in der dritten Wagenklasse polstern zu lassen. Für die Polsterung sind zunächst die D-Zug-Wagen und die vierachsigen stählernen Sitzwagen vorzusehen, ferner die Triebwagen, soweit sie nicht im Stadt- und Vorortverkehr in Berlin, Hamburg-Altona und Stuttgart verwendet werden. Noch im Jahre 1934 sollen die Sitze dritter Klasse in den seit Beginn des Jahres 1919 gelieferten D-Zug-Wagen gepolstert werden. Die Polsterung soll in der Weise erfolgen, daß die Sitze eine Polsterung unter Verwendung der Regellebern und die Rückenlehnen eine Filzauflage mit Plüschbezug erhalten.

Reichsbankausweis vom 15. März 1934

Berlin, 18. März. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. März 1934 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Wertpapieren um 25 Mill. auf 3593,5 Mill. RM. verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 28 Mill. RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgelassen. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 20,7 Mill. auf 1411 Mill. RM. ab. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen haben sich auf 60,9 Millionen RM. vermindert, diejenigen an Scheidemünzen unter Berücksichtigung von 6,4 Mill. RM. neu ausgetragter und 5,7 Mill. RM. wieder eingesogener auf 258,2 Mill. RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 535,3 Mill. RM. eine Zunahme um 15,9 Mill. RM. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 44,8 Mill. auf 274,6 Mill. RM. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 47,2 Mill. auf 265,7 Mill. RM. abgenommen, dagegen die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 2,4 Mill. auf 8,7 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten betrug am 15. März 1934 8,2 Prozent gegen 9,4 Prozent am 7. März ds. Js.

Der französische Stavisky in Sofia

Sofia, 17. März. Die Schmuggelaffäre des Sekretärs der französischen Gesandtschaft, Gerardy, scheint sich zu einem Skandal auszuwachsen, wie ihn die Diplomatengeschichte in Sofia noch nicht zu verzeichnen hat. Die Blätter bringen nur kurze Nachrichten über den Fall. Einige Abendzeitungen die ausführlicher berichteten, wurden beschlagnahmt. Es ist indessen allgemein bekannt, daß die Schiedsungen des Diplomaten ordentlich schwerwiegend sind. Gerardy wird zur Last gelegt, daß er mit Geraniumöl, das zur Verfälschung des teuren Rosenöls dient, und dessen Einfuhr nach Bulgarien streng verboten ist, in großen Mengen als französisches Champaner deklariert, eingeschmuggelt hat. Das hatte zur Folge, daß vielfach gefälschtes Rosenöl ins Ausland gelangte, und der gute Ruf des bulgarischen Rosenöls auf zahlreichen Märkten gefährdet wurde.

Im vorläufigen Winter, als Sofia von einer Typhusepidemie heimgesucht wurde, brachte Gerardy auf diplomatischem Wege mehrere hundert Gramm französisches Serum, das in Bulgarien wegen seiner Minderwertigkeit zur Einfuhr nicht zugelassen ist, ins Land, angeblich für den Eigenbedarf der französischen Gesandtschaft und Kolonie, obwohl diese Menge nach ärztlicher Feststellung genügt hätte, die gesamte bulgarische Bevölkerung damit zu impfen. Tatsächlich trieb Gerardy mit dem Serum, das er jenseitig unverkoren in bulgarischen Zeitungen ankündigte, einen schwindehaften Handel. Weiter erzählt man, daß Gerardy, dem die Verkertigung der Gesandtschaft unterlag, ein ergiebiges Geschäft mit Kanjenspäßen trieb, deren Ausfuhrung in Bulgarien der französischen Gesandtschaft obliegt. Viele Hunderttausende, die ihm von diesem Geschäftsleuten und vor allem von einem bekannten französischen Bankier zur Verschlebung ins Ausland übergeben wurden, ließ dieser keine Diplomat, der übrigens den zweifelhaften Ruf genießt, Besitzer der größten pornographischen Bücherei auf dem Balkan zu sein, und den einige bauspöttische Blätter als den französischen Stavisky in Bulgarien bezeichnen, in seine eigene Tasche stecken.

Beitritt Rußlands zum Völkerbund?

Paris, 17. März. „Deure“ will aus sicherer Quelle wissen, daß über den Beitritt Rußlands zum Völkerbund zwischen Frankreich und Rußland volle Meinungsübereinstimmung bestehe und daß die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und dem Quai d'Orsay kurz vor dem Abschluß ständen. Um zu vermeiden, daß Rußland mit dem Eintritt in den Völkerbund bis zur Vollversammlung im September warte, müsse man ein besonderes Verfahren anwenden. Die französische Regierung werde gelegentlich der Sitzung vom 10. April nicht nur die angeblichen Vertragsverletzungen Deutschlands anprangern, sondern auch die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund beantragen.

Das Wetter ist schuld!

rote Hände und aufgesprungene Haut sind die Folgen unseres wechselhaften Wetters, aber auch ein Zeichen dafür, daß die Haut sich selbst nicht gegen Wetterfeindlichkeiten kann. Weiben Sie darum vor dem Ausgehen regelmäßig Hände und Gesicht mit Leostem ein. Leostem erhält die Haut nicht nur bei jedem Wetter zart und geschmeidig — was ihn so wertvoll macht, ist sein Gehalt an Sonnenolamin und Vit. B. Dofen schon von 22 Pfg. ab in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

O.Z. 812

Das neue lettlandische Kabinett

Riga, 17. März. Nach tagelangen Verhandlungen ist es dem Führer des lettischen Bauernbundes, Umanis, gelungen, eine neue lettlandische Regierung zu bilden, die sich dem Parlament vorstellte. Ministerpräsident ist Umanis (Bauernbund), der vorläufig auch das Außenministerium übernommen hat. Das Kabinett stützt sich auf annähernd 50 bis 100 Stimmen im Parlament, und zwar auf 30 der lettischen bürgerlichen Parteien, darunter den Bauernbund, die Christlichen und die fortschrittlichen Ligaarten und den christlichen Arbeitsblock. 15 Abgeordnete der Minderheiten darunter die 6 deutschen Abgeordneten, unterstützen die neue Regierung. Umanis durch wohlwollende Neutralität. Umanis verlas im Parlament das Regierungsprogramm. Außenpolitisch will die Regierung alle Bemühungen fortsetzen, die eine Festigung und Sicherung der Unabhängigkeit Lettlands zum Ziele haben. Die Regierung will den Plan des baltischen Staatenbundes nach Kräften fördern, den Frieden in Osteuropa zu sichern suchen und im Völkerbund mitarbeiten. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik will die Regierung die Ausfuhr Lettlands fördern, um die Passivität der Handelsbilanz auszugleichen. Die Währung soll unbedingt stabil erhalten bleiben. Innenpolitisch sollen alle extremen politischen Richtungen bekämpft und die bestehende Staatsordnung gesichert werden. Dabei tritt die Regierung durchaus für die vorgezeichnete Verfassungsreform ein.

Blutige Kämpfe in Chinesisch-Turkestan

2000 Personen niedergemetzelt

Koolan, 17. März. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus Kaschgar meldet, hat eine Truppenabteilung der Tunganen Kaschgar und die in der Nähe von Kaschgar gelegene Festung Jangtschgar eingenommen und die darin eingeschlossene Tunganen-Garnison befreit. Bei dieser militärischen Operation wurden etwa 2000 turgarische Einwohner niedergemetzelt. Handel und Wandel in der Stadt Kaschgar sind völlig lahmgelegt. Der von dem englischen Konsulat vorgeschlagene Plan, wonach eine unabhängige Regierung gebildet und die Stadt aus den Händen der Tunganen zurückerobert werden sollte, ist als mißglückt zu bezeichnen. Die Truppen der „unabhängigen Regierung“ mußten sich zurückziehen. Sie versuchten, sich auf dem Gebiet des englischen Konsulates zu verbergen. Das Konsulat wurde jedoch durch Truppen der Tunganen beschossen. Einige Mitglieder des Konsulatspersonals wurden getötet, mehrere verletzt. Die sich zurückziehenden Truppen besetzten gemeinsam mit Abteilungen des Emir von Chotan die Stadt Jarkent. Die Straßen in der Nähe von Kaschgar wurden von Verbänden der Kirgisen und Uiguren besetzt. Im Gegensatz zu den japanischen Plänen über Ostturkestan sollen, wie es weiter heißt, englische Kreise dafür eintreten, daß sich Kaschgar, Jarkent, Chontan — die drei größten Städte im Südwesten Ostturkestans — zu einem unabhängigen mohammedanischen Fürstentum vereinigten, in dessen Führung ein mohammedanischer Prinz Britisch-Indiens aufgefordert werden soll.

Letzte Nachrichten

Ministerpräsident Göring in Essen

Berlin, 18. März. Am Sonntag fand am Wasserturm in Essen eine Gedenkfeier für die Opfer des Sozialistenaufstandes statt, bei der Ministerpräsident Göring die Gedenkrede hielt. Die Ansprache wurde von allen deutschen Sendern übernommen.

Stabschef Köhm vor der SA und SS des Ruhrgebiets

Essen, 18. März. Zur Begrüßung des Stabschefs Köhm waren am Samstag auf dem weiten Gelände des Flugplatzes Essen-Mülheim 60.000 Mann der SA und SS des Ruhrgebiets und vom Niederrhein aufmarschiert. Der Stabschef tritt zuerst die Front der Stürme ab und hielt sodann eine Rede.

Explosion in einer französischen Alkoholfabrik

Paris, 18. März. Eine Alkoholfabrik in Chambon ist Samstag nacht von einer schweren Explosion heimgesucht worden. Es sind etwa 30 Personen zu Schaden gekommen. 2 Tote und 4 Verletzte wurden festgestellt. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß das Dach des Hauptgebäudes abgehoben und die Trümmer über 100 Meter weit geschleudert wurden.

Graufames Spiel des Schiffsals mit Schiffbrüchigen

Dublin, 17. März. Ein englisches Tankschiff entdeckte am Freitagabend auf der Höhe des irischen Hafens Queenstown ein Rettungsboot, in dem sich die zwölfköpfige Besatzung eines gesunkenen belgischen Dampfers befand. Als das Tankschiff beorderte und Strickleitern heruntergelassen wurden, legten sich die Schiffbrüchigen alle über eine Seite des Bootes und brachten es zum Kentern. Infolge der Dunkelheit und der außerordentlich klirrenden See konnten nur fünf Mann gerettet werden. Die anderen sieben ertranken, unter ihnen befand sich auch der Kapitän des belgischen Schiffes.

Die abenteuerliche Flucht Inzulls vereitelt

Paris, 17. März. Ueber die abenteuerliche Flucht des amerikanischen Betrügers Inzull sind aus Athen nähere Einzelheiten bekannt geworden. Danach hat Inzull seine Flucht sehr sorgfältig vorbereitet. Durch Mittelsmänner hat er in London den griechischen Dampfer „Maitotis“ gechartert, um Griechenland vollkommen unbemerkt verlassen zu können. Als alte Frau verkleidet, hat er sich dann des Nachts aus seinem Hause geschlichen. Als seine Flucht mit dem Dampfer „Maitotis“ bekannt wurde, nahm ein Torpedobootsjäger sofort die Verfolgung auf. Das Kriegsschiff konnte die „Maitotis“, die bereits bis zur ägyptischen Küste gelangt war, noch rechtzeitig einholen und nach Spraus zurückgeleiten. Nachdem der griechische Innenminister im Zusammenhang mit der Flucht Inzulls gezwungen war seinen Rücktritt einzureichen, ist nunmehr auch der Polizeipräsident von Athen seines Amtes enthoben worden.

Württemberg

Stuttgart, 17. März. (Graisfeier im Staatstheater.) Die Württ. Staatstheater veranstalten am Palmsonntag, den 25. März vormittags 11 Uhr im Großen Saal eine „österreichische Graisfeier“ mit Richard Wagner.

Die evang. Kirche für das Winterhilfswerk. Vom Evang. Oberkirchenrat wurden 21.000 RM. als Ertrag eines Kirchenopfers an die Landesführung des Winterhilfswerks überwiesen.

Eröffnung der Ausstellung „Die Kamera“. Die Eröffnung der Ausstellung „Die Kamera“ für Photographie, Druck und Reproduktion, Stuttgart 1934, findet am Samstag, 24. März 1934, vormittags in der Empfangshalle der Ausstellung in der Gewerbehalle statt.

Spende der württ. Eisenbahner. Die Reichsbahnbediensteten im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart haben im Monat Februar 1934 als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit 39 720 RM. und als Spende für das Winterhilfswerk 28 964 RM., zusammen 68 684 RM. aufgebracht.

Cannstatt, 18. März. (Zusammenstoß.) Freitag abend wurde in der Rheinlandstraße zwischen Cannstatt und Fellbach bei der Funkenlaterne ein SA-Mann schwer verletzt. Ein Personenwagen wollte einen Lastwagen überholen, im gleichen Augenblick kam von entgegengesetzter Seite ein Fuhrwerk und gleichzeitig wollte der SA-Mann auf seinem Fahrrad das Fuhrwerk überholen. Der Führer des Personenautos verlor die Herrschaft über seinen Wagen, fuhr auf das Fuhrwerk auf und erreichte dabei den SA-Mann. Dieser erlitt starke Verletzungen am Kopf, im Gesicht, am Arm und an den Füßen.

Nottensburg, 18. März. (Erdbeben.) Am Samstag morgen gegen 3.15 Uhr wurde ein kurzer, aber kräftiger Erdstoß in verschiedenen Teilen der Stadt festgestellt. Der Stoß war stellenweise so stark, daß Häuser erzitterten und schlafende Personen aufgeweckt wurden. Irgend welche Schäden sind bis jetzt nicht festgestellt worden.

Weil im Dorf, 17. März. (Brand.) Samstag morgen geriet in einem Bantgebäude in Weil im Dorf der Dachstuhl in Brand. Als die Feuerwehr eintraf — es eilten die freiwillige Feuerwehr Weil im Dorf und die Feuerwache 3 der Stuttgarter Berufsfeuerwehr zur Brandstelle — war bereits der ganze Dachstuhl vom Feuer erfaßt. Nach einer halben Stunde war die Feuerwehr Herr der Lage. Nach einer weiteren halben Stunde war der Brand gelöscht. Der Schaden, den der Brand verursachte, beläuft sich auf etwa 3000 bis 4000 RM.

Uffaltrach, O.A. Heilbronn, 17. März. (Fischsterben.) Der Fischbestand des Michelbaches wurde vollständig vernichtet. Beim Abladen eines Karbolineumfasses in Eichenau wurde dieses beschädigt, wobei sich die Flüssigkeit in den Michelbach ergoß.

Dorfmertingen, O.A. Neresheim, 17. März. (Baunfall.) Bei Bauarbeiten ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Landwirt Anton Staudenmeier war beim Abbruch einer Giebelmauer behilflich, als die Decke eines Zimmers herunterbrach und ihn unter sich begrub. Der Mann wurde schwer verletzt.

Sulgen, O.A. Oberndorf, 17. März. (Vereinigung.) Die Vereinigung der beiden Gemeinden Sulgen und Saulgau wurde in einer gemeinschaftlichen Sitzung einstimmig beschlossen. Sulgen ist nun die viergrößte Gemeinde im Oberamt Oberndorf geworden.

Ebingen, 17. März. (Verkehrsunfall.) Am Donnerstag abend wurde der 77 Jahre alte Wilhelm Schneider beim Ueberschreiten der Straße von einem Personenauto erfaßt und zu Boden geschleudert. Schneider hat dabei einen Rippenbruch und innere Verletzungen davongetragen.

Vom Ries, 17. März. (Tödlich überfahren.) In Harburg hatte sich der 11jährige Sohn des Gastwirts und Mehgermeisters Schmitt in einem Bremserhäuschen der Kornhammerischen Zugmaschine niedergelassen. Plötzlich fiel der Knabe auf das Gleis und die Räder des schweren Wagens gingen ihm über beide Beine. Am anderen Morgen ist der Knabe seinen schweren Verletzungen erlegen.

Vom bayerischen Allgäu, 17. März. (Tragisches Ende.) Auf ganz eigenartige Weise kam der 15 Jahre alte Sohn des Brauereibesitzers Bed in Reutte ums Leben. Er wollte ein selbstgefertigtes Flugzeugmodell im Sudhaus an einer Schnur zum Trocknen aufhängen, glitt jedoch aus und blieb mit dem Hals in der Schnur so unglücklich hängen, daß er erdrosselt wurde. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Baden

Karlsruhe, 18. März. (Schulhaß.) Der Hauptlehrer Karl Ohwald-Dummersheim wurde auf Veranlassung des Geheimen Staatspolizeiamts wegen staatsfeindlicher Äußerungen und Beleidigung des Reichsfanzlers in Schutzhaft genommen.

Bruchsal, 18. März. (Arbeit an der Reichsautobahn.) In der Fortsetzung der Reichsautobahnlinie von Mannheim-Heidelberg wurden auch die Vorarbeiten für die Straße in der Lughardt begonnen. Von Kronau und Weiher sind etwa 300 Mann beschäftigt, den Wald für die Autobahnstraße auf einer Breite von 30 Meter zu fällen.

Freiburg, 18. März. (Elektrifizierung.) Die Reichsbahndirektion Karlsruhe gibt bekannt, daß im Bauprogramm des Jahres 1934 für die Elektrifizierung der Höllentalbahn 1 500 000 RM. und für die Dreifsehbahn 240 000 RM. vorgesehen sind.

Freiburg, 18. März. (Verkehrsunfall.) Am Freitag fuhr ein Motorradfahrer auf der Straße nach St. Georgen einen Mann an, der einen Handkoffer vor sich hertrieb. Beide Personen wurden mit schweren Verletzungen in die chirurgische Klinik nach Freiburg eingeliefert.

Vom Hochschwarzwald, 18. März. (Neuschnee.) Auf dem Hochkamms des Schwarzwaldes fällt seit mehr als 50 Stunden fast ohne Unterbrechung Schnee bei leichtem Frost. Feldberg, Belchen und Herzogenhorn melden die höchsten Schneehöhen des ganzen Winters. Auf dem 1500 Meter-Gipfel des Feldberges verzeichnet der Turmwart eine totale Schneehöhe von 1 Meter, an den Skifaldden

zwischen Turm und Feldbergerhof erreicht die Schneelage eine Mächtigkeit von etwa 150 Zentimeter.

Philippshurg, 18. März. (Abgestürzt.) Freitag fuhr der Lastzug der Bedag-Rheinsheim zu weit nach links und rutschte die Böschung hinab. Durch einen Baum wurde das Fahrzeug aufgehalten, jedoch Führer und Steuerrad stark beschädigt. Der Kraftfahrer erlitt sehr schwere Verletzungen; an seinem Aufkommen wird gezweifelt.



Aus dem Süden zurück

Die ersten Störche sind aus dem Süden wieder eingetroffen. Unser Bild zeigt einen Storch, der sein altes Nest bezogen hat.

Aus dem Gerichtssaal

Zwei Monate Gefängnis für ein loses Mundwort

Göppingen, 17. März. „Ch i auf da Heuberg komm, kommt alle Schultes und Pfassa naus!“ rief der 53 Jahre alte, wegen zu großem Fleiß bei der Bahn abgebaute frühere Bahnarbeiter und jetzige „Reisende“ Julius Reih aus Albershausen in einer Wirtschaft in Wangen bei Göppingen und zog dabei über seinen Bürgermeister und den Gemeinderat sowie die ganze nationalsozialistische Bewegung los, daß den am Tisch sitzenden zahlreichen Gästen Hören und Sehen verging. Dieses Betragen brachte ihm zunächst einmal einen unfreiwilligen achtstägigen Aufenthalt im Amtsgerichtsgefängnis in Göppingen ein, und weil er den Bürgermeister seiner Heimatgemeinde einen Brandstifter und einen Kommunisten betitelte, der ins Zuchthaus gehöre, folgte jetzt noch eine Anklage wegen öffentlicher Beleidigung vor dem Göppinger Amtsgericht nach. Anstatt nun die begangene Dummheit einzusehen und sich entsprechend zu verhalten, betrug sich der Angeklagte im Gerichtssaal frech und anmaßend. Deshalb verurteilte das Amtsgericht den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis.

Selbstmordversuch... wegen mißglückter Radeln

Man hat schon die eigenartigsten Gründe für Selbstmorde kennengelernt, aber der Fall eines 17jährigen Mädchens in Inaim dürfte wohl einzig dastehen. Das junge Mädchen lernte Kochen, und als beim ersten Versuch eine Radelpeife mißlang, trank die ehrsüchtige Köchin eine Lösung von Brennspritus. Zum Glück trug das Mädchen nur eine leichte Vergiftung davon.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Richtzahlen der Großhandelspreise vom 14. März. Die Richtzahl der Großhandelspreise stellt sich für 14. März auf 95,9; sie ist gegenüber der Vorwoche unverändert. Die Richtzahlen der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 90,8 (minus 0,2 Prozent), industrielle Rohstoffe 90,5 (0,1) und industrielle Fertigwaren 114,6 (unv.).

Die französisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen. In den französisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen, die zu scheitern drohten, ist eine Wendung eingetreten. Die Sachverständigen können ohne Unterbrechung der Verhandlungen an die Prüfung der Einzelfragen gehen.

Mittelmeermanöver der englischen Flotte abgebrochen. Nach einer Meldung aus Algier hat das englische Mittelmeergeschwader, das sich aus 139 Einheiten zusammensetzt, infolge heftigen Sturmes die Manöver unterbrechen und in Gibraltar Schutz suchen müssen.

„Reichspostdirektion“ statt Oberpostdirektion. Aenderung von Amtsbezeichnungen. Vom 1. April ds. Js. an führen die Oberpostdirektionen die Bezeichnung „Reichspostdirektion“. Vom gleichen Tag an erhalten die Oberpostdirektoren die Amtsbezeichnung „Oberpostrat“ und die Post- und Telegraphendirektoren die Amtsbezeichnung „Postrat“.

Polizeioberwachmeister von Einbrechern erschossen. In der Nacht zum Samstag wurde in Nachen ein Oberwachmeister von Einbrechern erschossen. Nach den bisherigen Ermittlungen hat der Polizeioberwachmeister die Einbrecher, die mehrere Aktentaschen mit Weinflaschen und Lebensmitteln bei sich trugen, gestellt und ist hierbei von ihnen niedergeschossen worden.

Grauenhafter Frauenmord bei Königsberg aufgedeckt. In den ersten Novembertagen v. J. verschwand Frau Walla aus Jodgallen (Memel-Niederung). Frau Walla hatte an einem Abend das Haus verlassen, um bei Nachbarn Rundfunk zu hören. Von diesem Zeitpunkt an fehlte jede Spur von ihr. Jetzt wurde von Arbeitern ein angeschwemmter Sad gefunden, in dem sich eine Frauenleiche befand, die, als die verschwundene Frau Walla erkannt wurde. Die Frau ist anscheinend ermordet und in den Sad gesteckt worden, den die Täter dann ins Wasser geworfen haben.

Vollstreckung eines Todesurteils in Köln. Samstag morgen ist in Köln der Mörder der Hausangestellten Margareta Krust, Binzenz Bracciona, der von dem Schwurgericht in Köln zum Tode verurteilt worden war, hingerichtet worden.

Zur Schülertragödie in München. Im Laufe der Nacht zum Samstag ist der Mitarbeiter Alfons Sprenger, der am Freitag den 19jährigen Realschüler Berner Haugg erschossen und sich dann selbst einen Kopfschuß beigebracht hatte, seinen Verletzungen erlegen.

Feuersbrunst in einem bosnischen Dorfe. Nach einer Meldung der Prawda wurde das Dorf Janja in Bosnien von einer verheerenden Feuersbrunst heimgesucht. 80 Häuser sind dem Brande zum Opfer gefallen. Die Einwohner mußten dem Feuer tatenlos zusehen, da die Löschgeräte sich in so schlechtem Zustande befanden, daß sie nicht verwendet werden konnten. Ein reicher Grundbesitzer wurde durch den Brand zum Bettler. Er verlor 5 Häuser und außerdem 360 000 Golddinare, die er in seiner Wohnung versteckt hatte. Wie die Prawda weiter meldet, wurde das Dorf Surtichia bei Beograd zu gleicher Zeit an sechs verschiedenen Stellen von Verbrennen angezündet. Diese wollten den Brand zu Plünderungen und Einbrüchen benutzen.

40 000 Morgen überschwemmt. Die Save, die seit einigen Tagen Hochwasser führt, hat bei Sissef (Jugoslawien) einen Damm durchbrochen und 40 000 Morgen Ackerland überschwemmt. Viele Dörfer und ein Teil von Sissef stehen unter Wasser. 2000 Menschen sind obdachlos geworden. Man befürchtet ein weiteres Ansteigen des Wassers, das jetzt schon 8½ Meter über dem normalen Stand steht.

Cambridge siegt wieder im Universitäts-Meilen. Das 86. Meilenrennen zwischen den Universitätsmannschaften von Oxford und Cambridge, das am Sonnabend wie alljährlich auf der Themse ausgetragen wurde, wurde von der favorisierten Cambridgemannschaft mit 4¼ Längen gewonnen. Der Sieger stellte mit 18:03 Minuten einen neuen Rekord auf.

Regereinrichtungen. Außer den 3 im Staate Mississippi wegen Vergewaltigung weißer Frauen hingerichteten Regern wurden auch in Georgia und Nordkarolina insgesamt 5 Schwarze wegen des gleichen Verbrechens mit dem Tode bestraft.

Der Sport vom Sonntag

Süddeutsche Pflichtspiele

Gau Württemberg: Stuttgarter Riders — Ulmer FB 9:1 1:0, SpFr. Stuttgart — Stuttgarter SC 4:2, Union Bödingen gegen SB. Feuerbach 1:0.

Gau Baden: SB. Waldbach — SC. Freiburg 3:0, Pöbnix Karlsruhe — Karlsruher FB 0:0, Freiburger FC — FC. Pforzheim 3:2, Germania Bröhningen — VfB. Mühlburg 0:0.

Gau Bayern: Bayern München — FC. Nürnberg 0:0, ASB. Nürnberg — 1890 München 1:1, FC. München — SpVgg. Fürth 0:3, Würzburger FB. — Wacker München 0:3, FC. Bayreuth gegen 05 Schweinfurt ausgefallen, TSV. Regensburg — Schwaben Augsburg 1:1.

Gau Südwest: FK. Pirmasens — Offenbacher Riders 3:3, Eintracht Frankfurt — Borussia Worms 6:0, Borussia Keunkirchen — FC. Mainz 2:1, Vf. Vf. Worms — SpFr. Saarbrücken 0:0.

Pflichtspiele der Bezirksklasse

Gau Württemberg

Gruppe West: SpFr. Ehlingen — SpFr. Lauffen 6:0, MTV. TSV. Stuttgart — SVgg. Mühlacker 1:2, VfB. Ludwigsburg gegen SpVgg. Heilbronn 2:4, SpVgg. Bad Cannstatt gegen SpVgg. Untertürkheim 3:0.

Gruppe Ost: VfB. Heidenheim — SpB. Göppingen 2:4, VfB. Kirchheim — SpB. Neutlingen 0:3, Normannia Gmünd — VfB. Alen 0:2, VfB. Geislingen — Eintracht Neu-Ulm 7:1, SpVgg. Tübingen — VfB. Nürtingen 2:0.

Gruppe Süd: VfB. Schwenningen — SpVgg. Trossingen 0:1, FC. Lauffingen — VfB. Tübingen 1:0, SpVgg. Truchtlingen gegen SpVgg. Schramberg 2:4, VfB. Ravensburg — SpVgg. Weinaarten 0:1, VfB. Friedrichshafen — VfB. Ebingen 2:1.

Wetter für Dienstag

Die Wirbeltätigkeit im Norden besteht fort, jedoch für Dienstag nur zeitweilig aufheiterndes, immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten ist.

Verlagsgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad i. Schwarzwald (Zsh. Zs. Bad.) 94 2. 34. 756.

Aufforderung zum Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr.

Diejenigen Pflichtigen, die Feuerwehrdienst leisten wollen, können sich bis 31. März ds. Js. beim Kommando der Freiwilligen Feuerwehr melden. Die Einberufung zum Dienst erfolgt jeweils nach Bedarf durch das Feuerwehrkommando. Die infolge vollzähligen Mannschaftsstandes nicht mehr aufgenommenen Personen müssen eine Feuerwehrabgabe von 4.— bis 20.— RM. entrichten. Die Feuerwehrpflicht dauert vom 20. bis 45. Lebensjahr.

Wildbad, den 19. März 1934.

Bürgermeisteramt.

Unterstützt das heimische Gewerbe!

Kurverein Wildbad e. V.

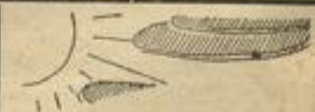
Die Korrekturbogen zur Wohnungsliste 1934 liegen bis Dienstag abend 6 Uhr zur Einsichtnahme auf. Spätere Aenderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Pforzheimer Gewerbebank
e. G. m. b. H.

Zahlstelle Wildbad

Bank und Sparkasse
ab Donnerstag den 22. März d. J.
König-Karlstrasse 19

Allen Joseph
und Josephinen
zum heutigen Namenstag
herzliche Gratulation!



Zum Waschfest

erhalten Sie Kernseife, Schmierseife, Waschbän, Stärke, Soda und alle Waschmittel in der Eberhard-Drogerie.

Sämtliche Geschäfts-
u. Familien-Drucksachen
liefert schnell und preiswert
die Druckerei des Wildbader Tagblatt.

